

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 4. März 2016**Wie steht es um die Wirtschafts- und Politikbildung an den Schulen im Land Bremen?**

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) schlug vor kurzem Alarm. Die Anzahl der Selbstständigen hat sich im vergangenen Jahr um etwa 100 000 auf 4,2 Millionen reduziert, während die Anzahl der Arbeitnehmer um 1,3 % auf 39,2 Millionen gestiegen ist. Verantwortlich für den Rückgang machte der DIHK die gute Konjunktur und den Fachkräftemangel. Arbeitnehmer würden eine gut dotierte Position gegenüber einer Existenzgründung mit nicht sicherem Erfolg vorziehen. Um gegen den Trend vorzugehen, wird von vielen Experten mehr Wirtschaftsunterricht in der Schule vorgeschlagen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Inwieweit sind die Schulfächer Politik und Wirtschaft an welcher Schulform, mit welcher Stundenzahl in welchem Jahrgang verpflichtend?
2. Wie viele Halbjahresstunden der Fächer Politik und Wirtschaft haben Schüler an welcher Schulform im Schnitt in ihrer Schullaufbahn unterrichtet bekommen?
3. Welche fachliche Expertise müssen die Lehrkräfte für Politik bzw. Wirtschaft vorweisen, um diese Fächer unterrichten zu dürfen?
4. Wie viel Prozent der Lehrer, die Wirtschaft bzw. Politik unterrichten, haben diese Fächer auch studiert?
5. Wie viel Prozent der Lehrer, die Wirtschaft unterrichten, sind Quereinsteiger aus der Wirtschaft, und inwieweit fördert der Senat den Einstieg von Quereinsteigern in diesem Bereich?
6. Wie bewertet der Senat die Wichtigkeit der Schulfächer Politik und Wirtschaft?
7. Inwieweit gibt es an Bremer Schulen Projekte, in denen sich Schüler über einen längeren Zeitraum mit der Existenzgründung beschäftigen, wie viele Schüler nehmen daran im Jahr teil, und inwieweit wird dies auch, bezogen auf das Handwerk, durchgeführt?

Julie Kohlrausch,
Lencke Steiner und Fraktion der FDP

D a z u

Antwort des Senats vom 12. April 2016

1. Inwieweit sind die Schulfächer Politik und Wirtschaft an welcher Schulform, mit welcher Stundenzahl in welchem Jahrgang verpflichtend?

Primarstufe

Für die Grundschule wurde kein eigenständiges Unterrichtsfach „Politik und Wirtschaft“ entwickelt; erste Berührungspunkte ergeben sich für Grundschülerinnen und Grundschüler aus der fünften von fünf „Perspektiven“ des Sachunterrichts, dem „sozial- und gesellschaftsbezogenes Lernen“ mit den Lernfeldern „Gesellschaft und Individuum“ und „Arbeit, Wirtschaft und Konsum“. Für den Sachunterricht sind in der Stundentafel der Grundschule insgesamt 18 Wochenstunden von Jahrgang 1 bis 4 vorgesehen. Die Anteile für die genannten

Lernfelder ergeben sich aus den im Bildungsplan für den Sachunterricht definierten Standards und Inhalten, dem jeweiligen schulinternen Curriculum und der Unterrichtplanung in der konkreten Klasse.

Sekundarstufe I

In den Sekundarstufen I der Oberschule und des Gymnasiums sind die Dimensionen „Politik“ und „Wirtschaft“ jeweils Teil der Fächer/Lernbereiche „Gesellschaft und Politik“ sowie „Wirtschaft, Arbeit, Technik“. Die flexibilisierten Kontingenzstundentafeln geben für die Schularten die Mindestsumme an Stunden für die Jahrgänge insgesamt an. Den Schulen steht es frei, darüber hinaus im Rahmen von Schwerpunkt- und Profildbildungen aus dem Stundenpool „Profil und Ergänzung“ weitere Stunden für diese Bereiche zu nutzen.

Oberschule, Jahrgänge 5 bis 10

Die Kontingenzstundentafel für die Oberschule setzt die Mindestsumme für die Jahrgangsstufen 5 bis 10 im Lernbereich „Gesellschaft und Politik“ mit 17 Stunden an. Die Mindestsumme der Stunden für das Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT)“ beläuft sich auf sieben Stunden, hinzu kommen sechs Stunden für Religion/Philosophie.

Gymnasium, Jahrgänge 5 bis 9

Gemäß der Kontingenzstundentafel für das Gymnasium beläuft sich die Mindestsumme an Stunden für die Jahrgangsstufen 5 bis 9 in den Lernbereichen „Gesellschaft – Politik/Geografie, Geschichte, Politik“ auf 15 Stunden. Die Mindestsumme an Stunden für das zum Lernbereich gehörende Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT)“ ist mit vier Stunden angegeben, Religion/Philosophie mit fünf Stunden.

Sekundarstufe II/Gymnasiale Oberstufe

Einführungsphase (§ 9 Abs. 2 GyO-VO)

Aus dem Aufgabenfeld II ist das Fach „Geschichte“ verpflichtend mindestens zweistündig anzuwählen. Es besteht die Möglichkeit, dieses Fach auch dreistündig zu wählen.

Des Weiteren sind aus dem Aufgabenfeld II zwei weitere Fächer auszuwählen, welche dann insgesamt mit vier Unterrichtsstunden zu belegen sind. Wird das Fach „Geschichte“ dreistündig belegt, kann nur ein weiteres Fach aus dem Aufgabenfeld II angewählt werden.

Die Fächer „Politik“ und „Wirtschaft“ können, müssen aber nicht verpflichtend in der Einführungsphase belegt werden.

Qualifikationsphase (§ 10 Abs. 2, 3, 7 GyO-VO)

Es besteht die Möglichkeit, entweder das Fach „Politik“ oder „Wirtschaft“ als Leistungskurs zu wählen. Das jeweilige Fach wird dann mit fünf Wochenstunden unterrichtet. Es besteht keine Verpflichtung, eines der beiden Fächer als Leistungskurs (LK) zu wählen.

Im Rahmen der Grundkursbelegungen ist es verpflichtend, entweder das Fach „Geschichte“ in zwei aufeinander folgenden Halbjahren oder das Fach „Politik“, in dem historische Anteile ausgewiesen sind, in vier aufeinander folgenden Halbjahren zu belegen. Das Fach „Wirtschaft“ ist nicht verpflichtend anzuwählen. Grundkurse werden in der Regel mit drei, mindestens jedoch mit zwei Wochenstunden unterrichtet.

In der Qualifikationsphase besteht die Möglichkeit, die Fächer „Politik“ und „Wirtschaft“ entweder als Leistungskurs oder als Grundkurs anzuwählen. Es ist aber auch denkbar, keines der beiden Fächer zu belegen.

Sekundarstufe II/Berufliche Bildung

Berufsschule

Die Rahmenstundentafeln aller Ausbildungsberufe des dualen Systems beinhalten Politik mit einer Wochenstunde (von zwölf). Der Rahmenlehrplan Politik für berufsbildende Schulen beinhaltet auch das Handlungsfeld Wirtschaft.

In Abhängigkeit vom Beruf, für den ausgebildet wird, wird Wirtschaft zusätzlich auch als eigenständiges Fach unterrichtet. Dies ist in den kaufmännischen bzw. dienstleistenden Berufen (z. B. Steuerfachangestellte, Rechtsanwaltsfachange-

stellte, Patentanwaltsfachangestellte) mit regelmäßig zwei Wochenstunden (von zwölf) über die gesamte Ausbildungsdauer der Fall (die Steuerfachangestellten erhalten im dritten Ausbildungsjahr nur eine Stunde Wirtschaft).

In anderen Ausbildungsberufen (z. B. Medizinische Fachangestellte/Fachangestellter, Schilder- und Lichtreklameherstellerin/Schilder- und Lichtreklamehersteller, Friseurin/Friseur) gibt es das Unterrichtsfach Wirtschaft nicht.

In den anderen Bildungsgängen an berufsbildenden Schulen wird Politik und Wirtschaft wie folgt unterrichtet:

Bildungsgang	Politik	Wirtschaft	Anmerkung
Werkschule	1 Std.	-	
Dualisierte BFS	1 Std.	-	
Praktikumsklasse	-	-	
Einj. bv BFS	1 Std.	-	

Bildungsgang	Politik	Wirtschaft	Anmerkung
BFS mit Berufsabschluss	2 Std.	-	
EHH/DQ	2 Std.	-	
ZHH	2 Std.	-	
BFS Assistenten	1 - 2 Std.	-	Rahmenstd.-Tafel
BFS Assistenten/DQ (AHR) SP Informations- und Netzwerk-systemtechnik	1. u. 2. Jahr: 2 Std. 3. u. 4. Jahr: 3 Std.	1., 2. u. 3. Jahr: 2 Std. 4. Jahr: 3 Std.	
BFS Assistenten/DQ (FHR) Wirtschaftsassistent/in SP Fremdsprachen	1. 2. 4. Jahr: 2 Std. 3. Jahr: 3 Std.	1., 2. Jahr: 4 Std. 3. u. 4. Jahr: 5 Std.	
BFS Assistenten/DQ (FHR) Mathematisch-techn. Assistent/-in SP Wirtschaftswissenschaft	2 Std.	1. Jahr: 11 Std. *) 2. u. 3. Jahr: 13 Std. *)	Fachtheoretischer Bereich gesamt
BFS Assistenten/DQ (FHR) Gestaltungstechnische/r Assistent/in SP Mode und Design	2 Std.	2 Std.	
BGy Ernährung Lebensmittel- und Biotechnologie Gesundheit Sozialpädagogik	E: 0 Std. *) Q 1 u. Q 2: 3 Std. *)	E : 2 Std. Q 1: 2 Std. Q 2: 3 Std.	*) GF Geschichte o. Politik
BGy Gestaltung Multimedia Recht	-	E: 2 Std. Q 1: 2 Std. Q 2: 3 Std.	
BGy Informationstechnik Mechatronik Luft- und Raumfahrttechnik Architektur- und Bautechnik Ökologie- und Umweltechnik Gestaltungs- und Medientechnik	E: 2 Std. *) Q 1 u. Q 2: 3 Std. *)	E: 2 Std. Q 1: 2 Std. Q 2: 3 Std.	*) GF Geschichte o. Politik
BGy Betriebswirtschafts/Rechnungswesen Wirtschaftsinformatik	-	E: 8 Std. Q 1: 9 Std. Q 2: 10 Std.	
BOS	2 Std.	-	
FS Sozialpädagogik Heilerziehungspflege	3 Std. *)	-	*) gesamt: Politik/Philosophie/Religion/Ethik
FS Personenbezogene Dienstleistungen	-	-	
FS Technik FR Bautechnik FR Holztechnik	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 0 Std.	1. Jahr: 0 Std. 2. Jahr: 2 Std.	

Bildungsgang	Politik	Wirtschaft	Anmerkung
FS Technik FR Maschinentechnik FR Elektrotechnik	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 0 Std.	-	
FS Technik FR Umweltschutztechnik	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 0 Std.	1. Jahr: 2 Std.*) 2. Jahr: 2 Std.*)	*) BWL/Umweltmanagement
FS Technik, FR Lebensmitteltechnik	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 0 Std.	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 0 Std.	
FS Technik, FR Versorgungstechnik	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 0 Std.	1. Jahr: 2 Std. 2. Jahr: 2 Std.	
FOS 1jährig	2 Std.	-	
FOS 2jährig	1 Jahr: 1 Std. 2. Jahr: 2 Std.	-	
FOS 13	2 Std.	-	

2. Wie viele Halbjahresstunden der Fächer Politik und Wirtschaft haben Schüler an welcher Schulform im Schnitt in ihrer Schullaufbahn unterrichtet bekommen?

Wie viele Unterrichtsstunden eine Schülerin bzw. ein Schüler während der schulischen Laufbahn real erhält, lässt sich nicht auswerten – dies ist immer auch abhängig von Stundenplanverschiebungen und individuellen Fehltagen.

Da es im Grundschulbereich keinen expliziten Unterricht in den oben genannten Fächern gibt, sich dies in der gymnasialen Oberstufe aufgrund des Kurssystems nicht im Durchschnitt ermitteln lässt, wurde die Darstellung auf den für den Übergang in die berufliche Ausbildung besonders relevanten Sekundarbereich I beschränkt.

Gemäß Kontingenzstundentafel sind für eine Schülerin bzw. einen Schüler in den Klassenstufen 5 bis 10 an der Oberschule 188 Wochenpflichtstunden Unterricht vorgesehen, welche sich auf die Wochenstunden je Klassenstufe verteilen. Von diesem Kontingenz sollen im Lernbereich Gesellschaft und Politik 17 Stunden für die Lernfelder Geografie, Geschichte, Politik (rechnerisch: 17 Stunden in sechs Klassenstufen etwa 2,8 Stunden pro Woche) und sieben Stunden Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT) (rechnerisch: sieben Stunden in sechs Klassenstufen etwa 1,2 Stunden je Woche) laut Plan erteilt werden. Wie hoch der Anteil der Stunden ist, die im Bereich Geschichte, Geografie und Politik auf letzteres Fach entfallen, kann hieraus nicht abgeleitet werden, da die Fachanteile in einem Lernbereich auch von den jeweiligen schulischen Schwerpunktsetzungen abhängen.

Für die Stadt Bremen lässt sich die Umsetzung dieser Kontingenzvorgaben in der Schülerlaufbahn anhand der stichtagsbezogen zum Schuljahresbeginn erhobenen Lehrereinsatzdaten nachvollziehen. Betrachtet wurde die jetzige 10. Klasse der Oberschule. Ausgewertet wurde beispielhaft, wie viele den oben genannten Fächern entsprechende Wochenstunden laut Einsatzplanung für die Schülerinnen und Schüler seit der 5. Klasse im Schuljahr 2010/2011 je Klasse (und damit je Schülerin und Schüler) eingeplant wurden. Demnach wurde in der Laufbahnbetrachtung die Kontingenzstundentafel im Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ rechnerisch mit 7,3 Stunden eingehalten, auf den Bereich Gesellschaft/Politik entfielen in den sechs betrachteten Schuljahren knapp zehn Wochenstunden. In beiden Fächern stieg tendenziell die Anzahl der Wochenstunden mit der Klassenstufe. Um eine Gesamtzahl an Unterrichtsstunden zu überschlagen, kann man rechnerisch für das Schuljahr von 40 Unterrichtswochen ausgehen, sodass sich für eine Schülerin bzw. einen Schüler in sechs Jahren Oberschule planmäßig etwa 290 Stunden Unterricht im Fach Wirtschaft–Arbeit–Technik sowie etwa 390 Stunden im Fachbereich Gesellschaft/Politik ergeben.

Kumulierte lt. Plan vorgesehene wöchentl. Unterrichtsstunden gemäß Lehrereinsatzplanung an Oberschulen			
Schuljahr	Klassenstufe	Wirtschaft, Arbeit, Technik	Gesellschaft/ Politik
2010/11	5	0,9	0,7
2011/12	6	0,8	1,0
2012/13	7	1,0	1,7
2013/14	8	1,3	2,0
2014/15	9	1,7	2,2
2015/16	10	1,6	2,2
an Oberschule		7,3	9,8
Stunden gesamt (überschlägig)		290	392

Betrachtet man nach gleichem Muster die jetzige Klasse 9 der Gymnasien, ergibt die Kontingenzstundentafel, dass im Lernbereich Gesellschaft und Politik in den Klassenstufen 5 bis 9 15 Stunden für die Lernfelder Geografie, Geschichte, Politik (rechnerisch: 15 Stunden in fünf Klassenstufen= drei Stunden pro Woche, Anteil an Politik nicht berechenbar) und vier Stunden „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ (WAT) (rechnerisch: vier Stunden in fünf Klassenstufen = 0,8 Stunden je Woche) vorgesehen sind.

Kumulierte lt. Plan vorgesehen wöchentl. Unterrichtsstunden gemäß Lehrereinsatzplanung an Gymnasien			
Schuljahr	Klassenstufe	Wirtschaft, Arbeit, Technik	Gesellschaft/ Politik
2011/12	5	0,9	0,0
2012/13	6	0,5	0,7
2013/14	7	0,0	0,6
2014/15	8	0,3	0,3
2015/16	9	1,2	1,1
an Oberschule		2,9	2,7
Stunden gesamt (überschlägig)		115	109

Der Anteil an Stunden für das Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ liegt in dieser Betrachtung etwas unter dem Ansatz der Kontingenzstundentafel. Dabei ist aber zu beachten, dass einerseits Stundenanteile in den Projektunterricht einfließen sein können, andererseits unter „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ auch die Fächer „Wirtschaft, Arbeit, Technik/Technisches Werken“, „Wirtschaft, Arbeit, Technik/Hauswirtschaft“ oder „Wirtschaft, Arbeit, Technik/Textilarbeit“ fallen, die eventuell aus der Kontingenzstundentafel mit abgedeckt werden, hier aber nicht berücksichtigt wurden.

3. Welche fachliche Expertise müssen die Lehrkräfte für Politik bzw. Wirtschaft vorweisen, um diese Fächer unterrichten zu dürfen?

Alle Lehrkräfte sollten die entsprechende Fakultas in den Fächern haben, die sie unterrichten. Das Letztentscheidungsrecht über die Sicherung der Unter-

richtsqualität und über den entsprechenden Einsatz von Lehrkräften hat gemäß § 63 Abs. 1 des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes die Schulleiterin bzw. der Schulleiter.

4. Wie viel Prozent der Lehrer, die Wirtschaft bzw. Politik unterrichten, haben diese Fächer auch studiert?

Siehe Antwort und Tabellen in der Antwort unten zu Frage 5.

5. Wie viel Prozent der Lehrer, die Wirtschaft unterrichten, sind Quereinsteiger aus der Wirtschaft, und inwieweit fördert der Senat den Einstieg von Quereinsteigern in diesem Bereich?

Für den Fall, dass regulär ausgebildete Lehrkräfte für bestimmte Fächer an den Schulen und in der Ausbildung fehlen, gibt es im Land Bremen zwei Formen des Seiteneinstiegs in eine Lehramtsqualifikation:

- Seiteneinstieg A (Ausbildung),
- Seiteneinstieg B (erufsbegleitende Ausbildung).

Der Seiteneinstieg A wird zu jedem Einstellungstermin in den Vorbereitungsdienst, d. h. zwei Mal pro Jahr angeboten. Studienabsolventinnen bzw. -absolventen mit in der Regel einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss können die Gleichstellung ihres Abschlusszeugnisses mit einem Ersten Staatsexamen beantragen. Sofern sie im Abschlusszeugnis ein Mangelfach mitbringen und ein zweites Unterrichtsfach aus ihren Studienzeugnissen ableitbar ist, erfolgt die Gleichstellung. Mit dieser bewerben sich die Seiteneinsteigerinnen oder Seiteneinsteiger für den Vorbereitungsdienst. Schon während des Vorbereitungsdienstes werden sie ausgebildet wie alle anderen Referendarinnen oder Referendare und schließen die Ausbildung mit dem Zweiten Staatsexamen ab.

Der Seiteneinstieg B wird etwa alle zwei bis drei Jahre angeboten, sofern über den Seiteneinstieg A die Mangelfächer nicht ausreichend bedient werden können. Der Seiteneinstieg richtet sich an Studienabsolventinnen oder Studienabsolventen mit mindestens dreijähriger Berufserfahrung; in der Regel im studierten Fach. Es soll in der Regel ein wissenschaftlicher Hochschulabschluss sein. Das Mangelfach muss im Abschlusszeugnis abgebildet sein, das zweite Fach muss sich aus den Zeugnissen ableiten lassen. Zwecks Feststellung der pädagogischen Eignung hospitieren die Bewerberinnen oder Bewerber im Antragsverfahren eine Woche in der Schule und müssen am Ende der Woche selbst eine Stunde unterrichten. Die berufsbegleitende Ausbildung dauert zwei Jahre, d. h. ein halbes Jahr länger als der Vorbereitungsdienst. Die „Lehrkräfte in Ausbildung“ sind keine Referendare. Für die Ausbildung stehen durchschnittlich sechs Ausbildungsstunden pro Woche am Landesinstitut für Schule (LIS) zur Verfügung. Sie unterrichten durchschnittlich 18 Unterrichtsstunden pro Woche. Die Ausbildung schließt mit der staatlichen Prüfung ab, die laut Bremischem Lehrerausbildungsgesetz dem Zweiten Staatsexamen gleichgestellt ist.

Da im Land Bremen die Seiteneinsteigerinnen oder Seiteneinsteiger entweder im Seiteneinstieg A mit dem regulären Zweiten Staatsexamen oder im Seiteneinstieg B mit einer Gleichstellung zum Zweiten Staatsexamen abschließen, gibt es keine Erhebungen, wie viel Prozent der im Land Bremen tätigen Lehrkräfte mit einer Wirtschaft-und-Politik-Fakultas mit einem gleichgestellten Ersten Staatsexamen ihren Vorbereitungsdienst erfolgreich absolvierten und anschließend bei der Senatorin für Kinder und Bildung eingestellt wurden.

Bei der nachfolgenden Darstellung (Stichtag 15. Oktober 2015) handelt es sich in erster Linie um die studierten Fächer, wie sie bei Einstellung anhand der Bewerbungsunterlagen erfasst worden sind – und auch ausschließlich um Daten für die öffentlichen Schulen der Stadt Bremen (Bremerhaven erfasst diese Daten nicht statistisch). Zu beachten ist, dass nachgeholte Qualifikationen nicht vollständig erfasst sind.

Dabei wurde für die in den Fachdimensionen bzw. Fächern „Gesellschaft/Politik“ und „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ unterrichtenden Lehrkräfte die Fakultas ausgewertet. Beide Fächer gehören dem Lernbereich „Gesellschaft und Politik“ an. Die Zuordnung der studierten Fächer zum Unterrichtsfach und die entsprechende Auswertung der verschiedenen Fächer im Bereich Wirtschaft, Arbeit, Technik ist entsprechend der im Anhang dargestellten und als fachgerecht

hinterlegten Zuordnung von Unterrichtsfach zu studiertem Fach vorgenommen worden. Die Auswertung bezieht sich auf die Fachdimension bzw. das Fach für die Sekundarstufen I und II der allgemeinbildenden Schulen.

Fach	Geschlecht	Anzahl Fach(gruppe)...		Anteil Fach...
		gesamt	studiert	studiert
Politik ¹	männl.	360	166	46,1%
	weibl.	447	118	26,4%
	gesamt	807	284	35,2%
anderes Fach aus dem Lernbereich Gesellschaft und Politik	männl.		141	39,2%
	weibl.		196	43,8%
	gesamt		337	41,8%
Wirtschaft-Arbeit-Technik	männl.	143	35	24,5%
	weibl.	266	80	30,1%
	gesamt	409	115	28,1%
anderes Fach aus dem Lernbereich Gesellschaft und Politik	männl.		50	35,0%
	weibl.		66	24,8%
	gesamt		116	28,4%

35 % der Lehrpersonen, die die Fachdimension bzw. das Fach Politik (vergleiche Fußnote 1) vertreten, haben dies auch explizit studiert, weitere 42 % haben ein anderes Fach aus dem Lernbereich „Gesellschaft und Politik“ studiert.

28 % der Lehrkräfte, die „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ unterrichten, haben dieses Fach expliziert auch studiert, weitere 28 % ein anderes aus dem Lernbereich Gesellschaft und Politik.

Wirtschaft–Arbeit–Technik: als fachgerecht zugeordnete Fächer

WAT_Fächer_fachgerecht	
Studiumsfach	Bezeichnung
3115	Wirtschaft-Arbeit-Technik
3115	Wirtschaft-Arbeit-Technik
3120	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Hauswirtschaft
3125	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Technisches Zeichnen
3130	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Technisches Werken
3135	Arbeitslehre - Gesellschaft/Wirtschaft
3140	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Textilarbeit
3150	Werken
3180	Textiles Gestalten
3190	Hauswirtschaft

Fächer aus Lernbereich Gesellschaft und Politik insgesamt

StudiumsfächerGuP	
ID	Bez
2010	Gemeinschaftskunde/Politik/Sozialkunde
2015	Gemeinschaftskunde/Politik
2016	Politics - für bilinguale Bildungsgänge
2017	Social Studies - für bilinguale Bildungsgänge
2018	European Studies - für bilinguale Bildungsgänge
2019	World Studies - für bilinguale Bildungsgänge
2020	Erdkunde
2021	Geography - für bilinguale Bildungsgänge

StudiensfächerGuP	
ID	Bez
2030	Geschichte
2031	Geschichte - für bilinguale Bildungsgänge
2050	Philosophie/Ethik
2080	Religionskunde
2081	Biblische Geschichte
2082	Islamkunde
2090	Soziologie
2100	Sozialwissenschaft
2110	Wirtschaftslehre
2210	Industriebetriebslehre
2220	Verwaltungsbetriebslehre
2230	Bankbetriebslehre
2240	Volkswirtschaftslehre
2250	Steuerbetriebslehre
2260	Betriebswirtschaftslehre
3045	Welt / Umwelt
3115	Wirtschaft-Arbeit-Technik
3116	Arbeitslehre für bilinguale Bildungsgänge
3120	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Hauswirtschaft
3125	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Technisches Zeichnen
3130	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Technisches Werken
3133	Sachunterricht-Technisches Werken
3135	Arbeitslehre - Gesellschaft/Wirtschaft
3140	Wirtschaft-Arbeit-Technik/Textilarbeit
3141	Sachunterricht Textiles Gestalten
3145	Wirtschaft/Arbeit/Technik
3150	Werken
3180	Textiles Gestalten
3190	Hauswirtschaft
4150	Religion JÜ
5002	Sachunterricht (Erdkunde)
5005	Sachunterricht (Geschichte)
5006	Sachunterricht (Gemeinschaftskunde)
6003	Sachunterricht (Biblische Geschichte)
6004	LB Wirtschaft und Technik -Technisches Werken -
6005	LB Wirtschaft und Technik - Textilarbeit -
6011	Wirtschaftswissenschaft

¹⁾ „Politik“ ist die Bezeichnung in den geltenden Verordnungen für die Sekundarstufen I, im Fächerschlüssel für den Lehrereinsatz steht dies unter der Bezeichnung „Gemeinschaftskunde/Politik/Sozialkunde“ (vgl. Anlage)

6. Wie bewertet der Senat die Wichtigkeit der Schulfächer Politik und Wirtschaft?

Im Vordergrund der Entwicklung der Persönlichkeit der jungen Menschen durch die schulischen Lernbereiche Politik und Wirtschaft steht im Laufe der Bildungsbiografie die Herausbildung einer kompetenten Handlungsfähigkeit der Lernenden als mündige Bürger in der Gesellschaft.

Grundlegender Bildungs- und Erziehungsauftrag des Sachunterrichts der Grundschule ist die Begleitung der Lernentwicklung der Kinder bei ihren bedeutsamen Fragen, wie z. B. „Wie funktioniert die Welt?“ und „Wie soll sie einmal werden?“. Das kindliche Vermögen zu staunen, zu fragen und den Dingen auf den Grund zu gehen, wird dabei ebenso gefördert, wie die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler, bedeutsame Aspekte ihrer Lebenswelt wahrzunehmen, gedanklich zu durchdringen, deuten und werten zu können. Sozial- und gesellschaftsbezogenes Lernen im Rahmen des Sachunterrichts fördert die Bereitschaft und Fähigkeit der Kinder zur aktiven Gestaltung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Umwelt. Ziel ist es, mit dem Sachunterricht an der Grundschule anschlussfähige Grundlagen für die Kompetenzentwicklung in den Fächern der weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe zu entwickeln.

Die Bedeutung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wird dadurch unterstrichen, dass in der Kontingenzstundentafel für die Bremer Oberschule insgesamt 30 Stunden für die Lernbereiche „Geografie, Geschichte, Politik“, „Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT)“ und „Religion, Philosophie“ vorgesehen sind. Dies geht weit über die in der „Vereinbarung über die Schularten und Bildungsgänge im Sekundarbereich I“ der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegten 16 Stunden bis zum Erreichen des mittleren Schulabschlusses hinaus.

In der Sekundarstufe I eignen sich die Schülerinnen und Schüler an den Oberschulen und Gymnasien die historische, geografische und gesellschaftliche Dimension der Menschheitsentwicklung überwiegend in integrierter Form im Zusammenhang an. Ziel des Lernbereichs Politik ist dabei die Kompetenzentwicklung im Hinblick auf die Übernahme von Verantwortung für eine gerechte und demokratische Entwicklung, aufbauend von den Regeln des Zusammenlebens und der Mitbestimmung im persönlichen Umfeld in den Jahrgängen 5 und 6 bis hin zur internationalen Dimension des Spannungsfelds von Politik und Wirtschaft in den Jahrgängen 9 und 10.

Die in den Bildungsplänen formulierten prozessbezogenen Kompetenzen zielen auf den Erwerb methodischen Handwerkszeugs wie das Erschließen von Quellen und die Präsentation von Arbeitsergebnissen ebenso wie auf die Entwicklung und Förderung einer umfassenden fachbezogenen Sprach- und Lesekompetenz über den Deutschunterricht hinaus ab.

Im Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ setzen sich die Jugendlichen mit den verschiedenen Formen von Arbeit, Arbeitsprozessen und Arbeitssystemen, der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung in Haushalt, Familie und Betrieb auseinander. Das Hinterfragen der geschlechtsspezifischen Bestimmtheit von Männer- und Frauenarbeit, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Sozialisation sowie Fragen der nachhaltigen Entwicklung sind weitere Gegenstände der Auseinandersetzung. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigen sich dabei auch intensiv mit ihren individuellen Arbeits- und Berufsperspektiven. Damit spielt das Fach eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der individuellen Perspektiven für die Berufs- und Studienwahl.

Die Festlegung oben genannter KMK-Vereinbarung, dass die Hinführung zur Berufs- und Arbeitswelt verpflichtender Bestandteil für alle Bildungsgänge sei, wird sowohl durch die Lernbereiche des Fachs WAT an Oberschulen und Gymnasien umgesetzt wie auch durch die Verpflichtung der Schulen durch die Bremer Richtlinie zur Berufsorientierung, diese als Querschnittsaufgabe der allgemeinbildenden Schulen zu gestalten und ist damit nicht allein dem Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ zuzuweisen.

In der Sekundarstufe II haben die Lernenden die Möglichkeit, sich nach ihrer individuellen Schwerpunktbildung im Aufgabenfeld II vertiefend mit den Lernbereichen Politik und Wirtschaft auseinanderzusetzen.

Aufbauend auf den beschriebenen Inhalten der Fachinhalte Politik und Wirtschaft in den allgemeinbildenden Schulen wird in allen Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen entsprechend dem Rahmenplan für das Unterrichtsfach Politik

einschließlich Wirtschaft unterrichtet. Der Senat bewertet die Wichtigkeit des Faches Politik einschließlich seiner wirtschaftlichen Inhalte als sehr hoch. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die Inhalte des Rahmenplans grundsätzlich für alle Bildungsgänge der beruflichen Schulen gelten. Alle Schülerinnen und Schüler haben den gleichen Anspruch auf politische Bildung – in den folgenden sieben Handlungsfeldern:

- Arbeitswelt,
- Leben in der Gesellschaft,
- Wirtschaft,
- Öffentlichkeit,
- Staat,
- Eine Welt,
- Ökologie.

Diese Handlungsfelder sind Grundlage des Politikunterrichts während einer drei bis dreieinhalb Jahre dauernden Berufsschulzeit. Für Bildungsgänge mit Hochschulzugangsberechtigung wurde ein Zusatzmodul entwickelt, das sich auf zwei bis vier Handlungsfelder beschränkt, jedoch die Curricula für den Politikunterricht in der gymnasialen Oberstufe und die auf KMK-Ebene entwickelten Bildungsstandards berücksichtigt. Bei einjährigen Bildungsgängen wird eine Beschränkung auf zwei Handlungsfelder empfohlen. Reihenfolge und Behandlungstiefe werden je nach Aktualität und Kenntnisstand der Schülerinnen und Schüler variieren und in den jeweiligen Fachkonferenzen und Lehrerteams abgestimmt.

7. Inwieweit gibt es an Bremer Schulen Projekte, in denen sich Schüler über einen längeren Zeitraum mit der Existenzgründung beschäftigen, wie viele Schüler nehmen daran im Jahr teil, und inwieweit wird dies auch, bezogen auf das Handwerk, durchgeführt?

Die Bremer Richtlinie zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen legt fest:

„3.6 Oberschulen und Gymnasien haben eine Schülerfirma oder vermitteln anwendungsbezogene ökonomische Kenntnisse in einem Projekt oder durch die Teilnahme an einem handlungsorientierten ökonomischen Wettbewerb. Schülerfirmen sind pädagogische Projekte und müssen als solche als Schulveranstaltung anerkannt sein. Sie orientieren sich in der Gründung und Führung an den Bedingungen realer Wirtschaftsunternehmen und bieten wie diese Dienstleistungen oder Produkte „am Markt“ an. Die getätigten Umsätze sollen sich unterhalb der steuerlich relevanten Grenzen bewegen, zumal eine Schülerfirma nicht in direkter Konkurrenz zu Unternehmen stehen darf.“

In Bremen gibt es eine Vielzahl Schülerfirmen: an Grundschulen (derzeit drei), Oberschulen (ca. 60 – an einigen Schulen gibt es mehrere Firmen), Gymnasien (drei) und berufsbildenden Schulen (drei) und an Werkschulen. In Schülerfirmen entwickeln Schülerinnen und Schüler (mit den Lehrkräften) eine Geschäftsidee, produzieren und vermarkten. Schülerfirmen werden zu verschiedenen Bereichen gegründet – besonders auch im Handwerk: Produkte aus Holz, Metall sowie zum Catering gehören zu den häufig vorkommenden Geschäftsbereichen. Auf der jährlich stattfindenden Schülerfirmenmesse präsentieren sich ca. 30 Schülerfirmen. Die nächste Messe findet statt am 14. April 2016.

Jede Werkschule arbeitet ausgesprochen praxisorientiert. Die Arbeit mündet – soweit dies möglich ist und keine Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Unternehmen entsteht – in der Gründung einer Schülerfirma.

An den Grundschulen beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler in der 4. Klasse mit dem Thema „Wie funktioniert ein Betrieb?“, u. a. auch am Beispiel einer Schülerfirma.

Die Gründung von Schülerfirmen wird vom Landesinstitut für Schule (LIS) durch Lehrerfortbildungen begleitet und in Projekten (z. B. zur Förderung von

Schülerfirmen an Gymnasien und Oberstufen) in Kooperation mit dem Institut für Ökonomische Bildung in Oldenburg unterstützt.

Die Schulen werden über den Newsletter „Schule Wirtschaft“ auf Wettbewerbe wie „Jugend gründet“ und den „Deutschen Gründerpreis für Schüler“ hingewiesen. An einigen Schulen nehmen Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs regelmäßig an den Wettbewerben teil. Es liegt allerdings keine Übersicht vor, wie viele Schülerinnen und Schüler aktuell an entsprechenden Wettbewerben teilnehmen.

Außerdem wird über das Netzwerk „Schule Wirtschaft Deutschland“ die Teilnahme an dem Wirtschaftsplanspiel „Beachmanager“ gefördert. Im letzten Jahr wurden fünf Lizenzen für das Spiel angefordert.

Es gibt auch Schulen, die eigene Konzepte entwickelt haben, z. B. ein Planspiel zur Eröffnung einer Crêperie (Albert-Einstein-Oberschule im 8. Jahrgang).